

Irina Rastorgueva



Das Russland- simulakrum

Matthes & Seitz Berlin

Irina Rastorgueva
Das Russlandsimulakrum
Kleine Kulturgeschichte des politischen
Protests in Russland

mit einer Meme-Collage von Irina Rastorgueva

punctum 023

Matthes & Seitz Berlin

Inhalt

1. Konkrete Poesie 2021. Ein Nachrichtenportal
2. Auf der Suche nach der nationalen Idee
3. Wir sind nicht einverstanden! Wir protestieren!
4. Ein verrückter Drucker. Das Parlament als Repressionsapparat
5. Episches Theater: Von der Verfolgung zur Verhaftung zum Prozess
6. Opposition ohne Position
7. Politisches Theater und Simulakren
8. Die Memetisierung der politischen Satire
9. Bots, Hamster und der Rest des Bestiariums
10. Russland – Land der erfüllten Dystopien

PS.

Literatur

Dank an Thomas Martin für seine Hilfe bei diesem Buch

Gewidmet den russischen politischen Gefangenen, unerwünschten
Menschenrechtsorganisationen und ausländischen Agenten

1. Konkrete Poesie 2021. Ein Nachrichtenportal

Januar

In Samara findet eine Verhandlung im Fall Sergej Ryzhov statt. Der 1984 geborene Physiker und Menschenrechtsaktivist gilt als Anführer der Saratower Bewegung »Spaziergänge des freien Volkes«. Er wurde 2017 verhaftet und der Vorbereitung eines terroristischen Akts sowie des Besitzes von Sprengstoff angeklagt. Ryzhov erklärte sich für unschuldig. Im Jahr 2019 erlitt er in der Isolationszelle einen Oberschenkelhalsbruch. Rechtzeitige medizinische Versorgung wurde ihm verweigert. Ryzhov wird im Rollstuhl vor Gericht gebracht. Das Verfahren läuft seit vier Jahren, die nächste Verhandlung ist für Oktober angesetzt. Bis dahin wird Ryzhov in Untersuchungshaft bleiben.

Das Bildungsministerium der Russischen Föderation streicht die obligatorische Abschlussprüfung in einer Fremdsprache. Irina Volynets, Vorsitzende des Nationalen Elternkomitees Russlands, die die Initiative zur Abschaffung der Prüfung ergriffen hatte, betont, dass die Vorbereitung der Kinder auf die Prüfung in einer Fremdsprache die Schüler nur dazu ermutigen würde, Russland zu verlassen. »Das steht im Widerspruch zur nationalen Sicherheitsstrategie, wir brauchen die Menschen hier.«

Der jakutische Schamane Alexander Gabyschew kündigt seinen bereits vierten Marsch auf Moskau an. Im März 2019 hatte er angekündigt, er wolle von Jakutsk zu Fuß zum Kreml gehen, »um Putin auszutreiben«. Die Länge der zu Fuß bewältigbaren Strecke beträgt nach Angaben von Google Maps 7 519 Kilometer. Er war im März 2019 aufgebrochen und sechs Monate zu Fuß unterwegs. Ende August 2019 wurde er in Burjatien festgenommen. Der Föderale Sicherheitsdienst (FSB) eröffnete ein Verfahren wegen Aufrufs zum Extremismus. Der Schamane wurde in eine neurologische Klinik eingewiesen und für unzurechnungsfähig erklärt, später aber freigelassen. Im Dezember 2019 hatte sich Gabyschew erneut nach Moskau aufgemacht. Nach nur zwei Tagen Fußmarschs wurde er

wegen Ungehorsams festgenommen und zu einer Geldstrafe von 1 000 Rubel (etwa 12,50 Euro – hier und für alle weiteren Angaben gilt der durchschnittliche Kurs des Jahres 2021 von 1 Euro = 80 Rubel) verurteilt. Am 13. Januar 2020 kündigte Gabyschew zum dritten Mal an, er werde einen Versuch unternehmen, »Putin auszutreiben«. Der für März 2020 geplante Marsch fand jedoch nicht statt. Die Behörden versuchten, den Schamanen zwangsweise in ein COVID-Sanatorium zu schicken. Im Mai wird er nach Erstürmung seines Hauses in eine psychiatrische Klinik verbracht. Im Juli 2020 wird er entlassen.

Die Udmurtische Eparchie der Russisch-Orthodoxen Kirche organisiert in der Hauptstadt der Udmurtischen Republik, Ischewsk, eine Zirkusvorstellung zum Thema Weihnachten. Auf dem Programm stehen Ziegen mit Nazi-Fahnen, ein Affe in der Uniform eines ss-Offiziers und Zirkusartisten, die als Rotarmisten uniformiert sind.

Der Tjumener Arzt Kair Kozhakhmetov läuft in ein 50 Kilometer entferntes Nachbardorf, um ein Tonometer und ein Pulsoxymeter zu holen, die er bei einem Patienten vergessen hatte. Kozhakhmetov besaß kein Geld für ein Busticket und bekam keinen Dienstwagen. Nach 27 Kilometern im Schneetreiben wurde er von einem Auto angefahren und verstarb auf der Straße.

Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj fliegt von Berlin nach Moskau. Vor seiner Ankunft werden Aktivisten und Mitarbeiter von Nawalnyjs Stab und der Organisation »Offenes Russland« festgenommen. Der Flug Pobeda DP936 wird vom Flughafen Vnukovo zum Flughafen Scheremetjewo umgeleitet, wo Nawalnyj unmittelbar nach der Ankunft festgenommen wird.

US-Astronauten teilen ihre Mahlzeiten mit den russischen Kollegen an Bord der Internationalen Raumstation. Die Kosmonauten der

Russischen Föderation hatten wegen der Verschiebung des Starts von Progress MS-16 keine Verpflegung erhalten.

Wladimir Putin nimmt am Dreikönigstag ein Eisbad. Der 68-Jährige bekreuzigt sich vor einem Kreuz aus Eis, während er in eine kreuzförmig ausgeschlagene Öffnung ins Wasser steigt. Eine traditionelle Handlung des Präsidenten, wie sein Sprecher Dmitri Peskow mitteilt.

Februar

Wladimir Putin legt anlässlich des 90. Geburtstages von Boris Jelzin ein Blumengebinde am Grab des ersten russischen Präsidenten auf dem Moskauer Nowodewitschi-Friedhof nieder.

Der Russische Föderationsrat diskutiert die Sperrung von Facebook, Twitter, Instagram, Telegram und Tik-Tok.

Anastasia Proskurina, leitende Forscherin am Nowosibirsker Institut für Zytologie und Genetik, weist Wladimir Putin auf die niedrigen Gehälter von Wissenschaftlern hin. Ihr Gehalt beträgt 25 000 Rubel (etwa 310 Euro) pro Monat. Der Präsident ordnet an, sich mit der Situation zu befassen. Nach der Rede erscheinen Sicherheitsbeamte der regionalen Abteilung des Russischen Ermittlungskomitees bei Frau Proskurina, um herauszufinden, wer sie »ermutigt« habe, eine »unkoordinierte und spontane« Rede an den Präsidenten zu halten, die die Umsetzung der Präsidialdekrete zur Erhöhung der Gehälter von Forschern in der Nowosibirsker Region infrage stellt.

Im Laufe der mit Nawalnyjs Prozess einhergehenden Proteste haben die russischen Sicherheitskräfte ihre Anschaffungen von Polizeiwagen, gepanzerten Fahrzeugen und Spezialausrüstung verstärkt. Insgesamt 903 Millionen Rubel (etwa 11 287 500 Euro) aus dem föderalen Haushalt werden für die Nationalgarde Rosgwardia und den Föderalen Strafvollzugsdienst ausgegeben.

Mehr als 180 Akademiker, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Vertreter anderer Berufsgruppen haben einen offenen Brief unterzeichnet, in dem sie die Gewalt bei friedlichen Protesten verurteilen und ein Ende der Schikanen gegen Demonstranten fordern. Die Geldstrafen für den Ungehorsam gegenüber Vollzugsbeamten werden vervierfacht. Erste Strafanzeigen gegen die Demonstranten wurden bereits im Januar bei den Gerichten eingereicht.

Die Abteilung des Föderalen Strafvollzugsdienstes des Moskauer Gebiets beschließt den Bau eines neuen Untersuchungsgefängnisses mit 1 200 Plätzen in Solnechnogorsk.

Außenminister Sergej Lawrow bezeichnet die Europäische Union als Verursacherin des schrittweisen Abbruchs der Beziehungen zu Russland.

In Nischnewartowsk halten Rosgwardia-Beamte offene Unterrichtsstunden für Schulkinder ab, in denen sie Demonstranten und Bereitschaftspolizisten spielen und so die Situation einer Kundgebung simulieren. Die Kinder sind mit Schutzausrüstungen und Gummiknüppeln ausgerüstet.

Der Föderale Steuerdienst Russlands kündigt an, den Dienst »Persönliches Konto des Steuerzahlers« mit sämtlichen Online-Banking-Daten der Nutzer zusammenzuführen. Auf diese Weise soll der Steuerdienst die Korrespondenz zwischen Einnahmen und Ausgaben russischer Bürger besser kontrollieren können.

In der Stadt Kemerowo schlägt ein Mann über zwei Stunden lang seine Freundin. Nachbarn rufen sieben Mal die Polizei und versuchen, die Tür zu seiner Wohnung aufzubrechen. Als die Polizei eintrifft, ist die junge Frau tot.

Wladimir Putin legt Blumen am Grab des Unbekannten Soldaten in Moskau nieder.

Das Moskauer Bürgermeisteramt wird 1 Milliarde Rubel (12 Millionen Euro) für ein neues System zur Überwachung der Fahrgäste in der U-Bahn ausgeben – Bildschirme, die Werbung anzeigen und gleichzeitig die Menschen kameratechnisch überwachen. Das Projekt soll bis Ende 2021 umgesetzt werden.

In der Region Kaluga fordert die Staatsanwaltschaft Geld zurück, das für die Behandlung eines Inhaftierten ausgegeben wurde. Der Mann verbüßte seine Strafe in der Kolonie Nummer 3 und verschluckte als Zeichen des Protests drei Nähnadeln.

Mit Sierra Leone wird ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Waffen zunächst im Weltraum unterzeichnet. »Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt, um ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern«, so das russische Außenministerium in einer Erklärung. Sierra Leone ist eine Republik in Westafrika. Das Land liegt beim Pro-Kopf-BIP auf Platz 177 der Weltrangliste, mehr als 70 Prozent der Einwohner leben unterhalb der Armutsgrenze.

Der 60. Jahrestag des Weltraumfluges von Juri Gagarin wird mit zahlreichen Veranstaltungen begangen. Die spektakulärste wird eine Parade von Motorseglern sein. Sie ist nicht nur auf Juri Gagarins Flug abgestimmt, sondern auch auf den 800. Jahrestag des heiligen Fürsten Alexander Newski. Die Aktion trägt den Namen »Himmlische Heerscharen«.

Der Anteil der Russen, die zum Sparen gezwungen sind, ist auf 70 Prozent angestiegen. 38 Prozent der Verbraucher haben kein Vertrauen in die Zukunft – ein Rekord unter den europäischen Ländern.

März

Die Staatsduma bereitet ein Gesetz vor, das Mitgliedern einer als ausländischer Agent eingestuften Nichtregierungsorganisation verbietet, gewählt zu werden.

Die Moskauer Behörden haben erlaubt, am Stalin-Gedenktag, der auf den 5. März, den Todestag des Generalissimus, fällt, Blumen an Stalins Grab niederzulegen. Der Gedenktag ist eine Initiative der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation.

Der Föderale Dienst für staatliche Statistik vermeldet den »natürlichen Rückgang« der Bevölkerung im Januar 2021 um 113 000 Menschen. Die Zahl der Sterbefälle im Vergleich zum Januar 2020 ist um 33,9 Prozent gestiegen.

Der Duma-Abgeordnete von »Einiges Russland« Anatoli Wyborny schlägt vor, dass Personen, die Gerüchte über Preiserhöhungen verbreiten, mit bis zu 3 Jahren Gefängnis bestraft werden sollen.

Ein Gericht hat einen Moskauer Polizisten, der einem 13-jährigen Mädchen ins Bein geschossen hatte, nachdem sie sich geweigert hatte, mit ihm Sex zu haben, zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Er kann anschließend wieder in Dienst gestellt werden.

Das Gesetz zur Entlastung von Beamten wegen »zufälliger« Korruption wird in erster Lesung von der Duma angenommen.

Die Behörden verbannen ausländische Software, einschließlich Microsoft Windows und Office, aus russischen Schulen.

Die Staatsduma schlägt vor, dass die Fernsehsender weniger über Auslandsurlaube von Russen berichten.

Die Polizei unterbricht ein Forum unabhängiger Kommunalabgeordneter, das in Moskau eröffnet wird. Dutzende

Polizeibeamte dringen gleich zu Beginn in den Saal ein und zerren rund 200 Teilnehmer in Polizeifahrzeuge. Unter ihnen befinden sich der ehemalige Bürgermeister von Jekaterinburg, Jewgeni Roizman, der Publizist Wladimir Kara-Murza, der Vorsitzende des Abgeordnetenrats des Bezirks Krasnoselskij sowie Ilja Jaschin und Andrej Piwowarow, die Geschäftsführer von »Offenes Russland«. Der offizielle Grund für die Verhaftung ist die Zusammenarbeit mit einer unerwünschten ausländischen Organisation, ebenso die »Verletzung der geltenden sanitären und epidemiologischen Vorschriften«.

Die Regierung der Russischen Föderation legt der Duma einen Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Informationsdatenbank für extremistisches Material vor.

Der russische Federal Financial Monitoring Service (das föderale Exekutivorgan, das für die Kontrolle und Überwachung von Steuern, Abgaben und anderen obligatorischen Zahlungen zuständig ist) deckt das »Durchsickern« einer halben Billion Rubel (ca. 6 250 000 000 Euro) bei der Durchführung nationaler Projekte auf.

Der amtierende Leiter der Stadtverwaltung von Ust-Kut in der Region Irkutsk, Jewgenij Kokscharow, untersagt die Beobachtung des Mondes während der »Weltnacht der Bürgersteig-Astronomie 2021«. Der Bürgermeister begründet das Verbot mit dem Druck durch den örtlichen FSB und der Befürchtung, dass bei der Veranstaltung Propagandamaterial verteilt werden könnte.

Roskomnadzor, Föderaler Dienst für die Aufsicht im Bereich der Informationstechnologie und Massenkommunikation (die für Regulierungs-, Aufsichts- und Zensurfragen und Datenschutz zuständige Behörde), bereitet eine Anordnung vor, die von neuen Nutzern sozialer Netzwerke und Messenger die Angabe von Passnummer, Wohnadresse, Telefonnummer und E-Mail verlangt.

Wladimir Putin kündigt an, die Einrichtung eines eigenen präsidentialen Blogs zu erwägen.

Die Polizei in Moskau hat eine Stelle für einen Scharfschützen ausgeschrieben, der bei öffentlichen Veranstaltungen eingesetzt werden soll. Gehalt 55 000 bis 65 000 Rubel (687 bis 812 Euro) monatlich.

Russland konzentriert Truppen an der ukrainischen Grenze.

April

Der Pressesprecher von Wladimir Putin, Dmitri Peskow, teilt mit: »Was die Beteiligung russischer Truppen am bewaffneten Konflikt auf dem Territorium der Ukraine betrifft, so haben russische Truppen nie daran teilgenommen und nehmen auch nicht daran teil.«

Seit dem 1. Februar, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes über das Verbot unflätiger Sprache und des Fluchens im Internet, haben russische Nutzer 20,2 Millionen Beiträge mit unflätiger Sprache verfasst – verglichen mit dem Zeitraum Februar–März 2020 ein Anstieg um 10 Prozent.

Für die Ankündigung von Putins jährlicher Rede zur Lage der Nation am 21. April werden 95 Millionen Rubel – etwa 1 100 000 Euro – Werbekosten ausgegeben.

Das Staatliche Eremitage-Museum in St. Petersburg erhält laut Generaldirektor Michail Piotrowski eine offizielle Beschwerde über den negativen Einfluss von Nacktskulpturen auf minderjährige Besucher.

Änderungen des Föderalen Gesetzes über das Bildungswesen werden verabschiedet. Alle Bildungsaktivitäten (einschließlich Koch-Blogs, Online-Meisterkurse in Zeichnen oder Nähen, psychologisches Training, Exkursionen usw.) werden von nun an vom Staat kontrolliert.

Russland erweitert seine militärischen Kapazitäten an der Grenze zur Ukraine.

Auf der Website des Bürgermeisteramtes von Tscherepowez wird der Erlass »Über die Organisation der dringenden Bestattung von

Leichen in Kriegszeiten« veröffentlicht. Die Beamten sollen mögliche Begräbnisstätten innerhalb der Stadt vorbereiten.

Die Theologische Kommission der Russisch-Orthodoxen Kirche stellt ein Dokument vor, das die Praxis des Exorzismus regelt.

Verteidigungsminister Schoigu kündigt das Ende der Übungen zur Überprüfung der Kampfbereitschaft der Truppen des südlichen und westlichen Militärbezirks an und ordnet an, die an der Grenze zur Ukraine versammelten Einheiten an ihre ständigen Einsatzorte zurückzuverlegen.

Russland listet die USA als »unfreundliches Land« auf.

Wladimir Putin unterzeichnet das Gesetz über Geldstrafen für die Nichterwähnung des Status »ausländischer Agentenmedien« und die »missbräuchliche Verwendung« von Presseausweisen bei Kundgebungen.

Mai

Sicherheitsratssekretär Patruschew erklärt, Iwan der Schreckliche sei ein Opfer westlicher russophober Propaganda gewesen, die die Aufmerksamkeit der Europäer von der Inquisition ablenken wollte.

In der Staatsduma wird ein Gesetzentwurf eingebracht, der es verbietet, die Ziele und Handlungen der UdSSR und Nazideutschlands im Zweiten Weltkrieg öffentlich zu vergleichen sowie die entscheidende Rolle des sowjetischen Volkes bei der Niederlage Nazideutschlands und die humanitäre Mission der UdSSR bei der Befreiung der europäischen Länder zu leugnen.

In der Region Twer findet am 9. Mai eine Parade von »Babytruppen« statt, die aus Kindergartenkindern bestehen. In der russischen Stadt Lichoslawl haben Kinder ein Theaterstück zur Feier des 9. Mai, dem Tag des Sieges, vorbereitet. Dabei stellen Schulkinder auf der Bühne die Gräber gefallener Rotarmisten dar. In der Region Irkutsk marschieren Schulkinder aus Unarmia zu Ehren der »Putin-Ära« mit Porträts des Präsidenten in der Hand. Die Prozession begann am Lenin-Denkmal und fiel zeitlich mit dem St.-Georgs-Tag zusammen.

Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin erklärt, die russische Wirtschaft habe das BIP-Wachstum des Jahres 2019 erreicht, die Industrie habe einen Durchbruch bei der Importsubstitution erzielt und die Einkommen der Bürger stiegen stetig.

Wladimir Putin wird für den Friedensnobelpreis nominiert.

Die Russische Agentur für internationale Informationen RIA Novosti veröffentlicht eine Liste von Ländern, die der Russischen Föderation gegenüber unfreundlich eingestellt sind. Auf der Liste stehen nur zwei Länder: die Vereinigten Staaten und die Tschechische Republik.

In Nowosibirsk wird ein Friedhofswettbewerb angekündigt – ein Wettlauf mit Särgen. Er findet im Rahmen der Ausstellung »Nekropolis Sibirien« statt.

Der staatliche Fernsehsender Rossija 1 meldet, dass im Donbass auf persönliche Anweisung Präsident Bidens eine Attacke ukrainischer Homosexueller organisiert wurde und dass bereits Konvois von Homosexuellen dorthin geschickt würden, die gegen die Bevölkerung vorgehen.

Alexander Kalaschnikow, Direktor des Föderalen Strafvollzugsdienstes (FSIN), schlägt einen aktiveren Einsatz von Häftlingen in Gebieten vor, in denen normalerweise Wanderarbeiter beschäftigt sind. Ihm zufolge hätten derzeit 188 000 Menschen Anspruch darauf, dass ihre Strafe in Zwangsarbeit umgewandelt wird.

Verteidigungsminister Sergej Schoigu erklärt, dass Russland mit der Massenproduktion selbstständig agierender Kampfroboter mit künstlicher Intelligenz begonnen hat.

Der letzte Tag des Internationalen Buchsalons auf dem Palastplatz in St. Petersburg wird mit einem Flashmob »Dostojewski tanzt« gefeiert. Jeder kann mit einer Dostojewski-Maske tanzen. »Komm, zieh eine Maske von Fjodor Michailowitsch über, komm und tanze so, tanze, wie er es tun würde, aus dem Herzen heraus«, sagen die Organisatoren.

Folgende Staatsoberhäupter gratulierten Syriens Präsident Assad zu seinem Wahlsieg: der Chef der libanesischen Hisbollah, der irakische Schiitenführer al-Sadr, der russische Präsident, der iranische Präsident, der libanesischer Präsident, der palästinensischer Präsident, der Führer Nordkoreas, der venezolanische Präsident und der kubanische Präsident.

In der Region Nowosibirsk stirbt ein Häftling, dem ein Polizeibeamter bei der Verhaftung in den Kopf geschossen hatte. Die Untersuchungskommission erklärt, es habe sich um einen Unfall gehandelt. Das Krankenhaus meldet: »Die Ärzte haben getan, was möglich war, alles hing vom Patienten ab.«